

Geht die Erfolgsgeschichte der Freiburger Grünen weiter?

Eine erste Auslegeordnung im Hinblick auf die National- und Ständeratswahlen im Herbst lässt vermuten: Ein politischer Erdbeben ist mindestens für den Kanton Freiburg nicht zu erwarten. Doch dasselbe dachten viele auch schon 2019 - und es kam anders.



Frank Oliver Salzgeber

FREIBURG Am 22. Oktober ist es wieder so weit. Nach vier Jahren wählt das Schweizer Stimmvolk wieder sein Bundesparlament. Sechs von sieben Freiburger Nationalrätinnen und Nationalräten haben schon angekündigt, in diesem Jahr wieder zu kandidieren. Einzig Jacques Bourgeois (FDP) tritt nach 16 Jahren im Nationalrat nicht mehr an. Der FDP-Sitz gilt aber grundsätzlich als sicher. Die besten Aussichten, Bourgeois' Platz einnehmen zu können, dürfte wohl Nadine Gobet haben. Die 53-jährige Grossrätin aus Bulle ist Direktorin des Freiburger Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbands. Sie war zuvor mehrfach erste Ersatzfrau auf der FDP-Liste hinter Bourgeois. Für die anderen Sitzinhabenden gilt: Erfahrungsgemäss werden es Herausforderinnen und Herausforderer schwer haben, sich gegen den «Bisherigen-Bonus» durchzusetzen.

Ein historischer Rückblick auf die National- und Stände-

ratswahlen aus Freiburger Optik zeigt: Die politischen Verhältnisse sind seit über 20 Jahren relativ stabil. Man kann fast schon von einer «Freiburger Zauberformel» sprechen. Seit 2003 verfügen die bürgerlichen Parteien im Nationalrat über vier Sitze, die Linke über deren drei. Im Ständerat sass während vieler Jahre aus beiden politischen Lagern je ein Vertreter, seit Otto Piller 1979 für die Sozialdemokraten erstmals einen Freiburger Ständeratssitz erobern konnte. Eine Ausnahme bildete die Legislaturperiode 1999 bis 2003, in der die Bürgerlichen mit Jean-Claude Cornu (FDP) und Anton Cottler (CVP) beide Ständeräte stellten.

Vergleicht man diese Freiburger Sitzverteilung in der Grossen Kammer mit der prozentualen Parteistärke von rund 60 Prozent bürgerlich und knapp 40 Prozent links in den Nationalratswahlen, so fällt auf: Die Linke ist leicht übervertreten. Das erklärte Ziel der Bürgerlichen ist deshalb ein fünfter Nationalrats-sitz. 2015 gelang dies Pierre-André Page (SVP) das letzte Mal, damals auf Kosten von Ursula Schneider Schüttel (SP).

Bei einem Sitzverhältnis von 5:2 wiederum ist das bürgerliche Lager übervertreten. An den letzten Wahlen 2019 schaffte Gerhard Andrey dann auch als erster Grüner des Kantons Freiburg den Sprung in den Nationalrat und holte für die Linke den dritten Sitz zurück. Der langjährige SVP-Nationalrat Jean-François Rime wurde abgewählt.

Keine grosse bürgerliche Allianz

Damit präsentiert sich für die Nationalratswahlen 2023 eine spannende Ausgangslage: Sowohl die FDP als auch die SVP haben an ihren Delegiertenversammlungen angekün-



Am 22. Oktober wählt die Schweiz ihre National- und Ständeräte.

Archivbild Corinne Aeberhard

digt, dass sie einen zweiten Nationalrats-sitz gewinnen wollen. Die Grünen ihrerseits wollen Andreys Sitz verteidigen und an den Erfolg der letzten Wahlen anknüpfen. Damals konnten sie ihren Wähleranteil mehr als verdoppeln.

Ein Mittel, um die Kräfte zu bündeln, sind Listenverbindungen. Jüngstes Beispiel sind - wenn auch wahlarithmetisch nicht derselbe Mechanismus - die Staatsratswahlen 2021. Dank einer gemeinsamen Liste im zweiten Wahlgang konnten die Bürgerlichen das schwache Resultat des ersten Wahlgangs drehen und holten 5 der insgesamt 7 Staatsratssitze.

Wie wichtig Listenverbindungen gerade bei Proporz-wahlen sind, zeigen die Nationalratswahlen 2019: Die Linke trat in einer Allianz an, sodass

Gerhard Andrey (Grüne) 14 417 Stimmen reichten, um gewählt zu werden, Jean-François Rime (SVP) dagegen mit 17 899 Stimmen abgewählt wurde. Und dies, obwohl Rime auch deutlich mehr Stimmen holte als Marie-France Roth Pasquier (Die Mitte), die mit 12 344 Stimmen den zweiten Nationalrats-sitz für die Mitte holte.

Die Konstellation zeigt: Die besten Chancen, einen fünften Sitz zu holen, hätten die Bürgerlichen, wenn sie eine grosse Wahlallianz schmieden würden. Eine Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien hatten sich sowohl die SVP als auch die FDP gewünscht. «Alle oder keiner», so formulierte es FDP-Kantonalpräsident Alexandre Vonlanthen. Die Mitte dagegen bevorzugt eine bürgerliche Listenverbin-

dung ohne die SVP. Dabei mögen sicherlich auch ideologische Gründe eine Rolle spielen. Vor allem aber will die frühere CVP das Risiko vermeiden, ihren zweiten Nationalrats-sitz an die SVP zu verlieren. Deshalb geht die Mitte-Partei lediglich wieder eine kleine bürgerliche Allianz mit den Grünliberalen und der Evangelischen Volkspartei ein. Dies hatte ihr schon 2019 den zweiten Nationalrats-sitz gesichert.

Ständeratswahlen: Andrey fordert die Frauen heraus

Bis 2019 sass ausschliesslich Männer für den Kanton Freiburg im Ständerat. Jetzt politisieren mit Johanna Gapany (FDP) und Isabelle Chassot (Die Mitte) gleich zwei Frauen im Stöckli. Dass in der überaus stabilen Freiburger

Politlandschaft Sensationen möglich sind, hat Gapany 2019 bewiesen. Als krasse Aussen-seiterin konnte sie sich gegen Beat Vonlanthen (CVP, heute Die Mitte) durchsetzen. Damit war die Freiburger Mitte erstmals seit über 160 Jahren nicht mehr im Ständerat vertreten - und auch Deutschfreiburg verlor den gewohnten Sitz im Stöckli.

Im Jahr 2021, bei den Ersatzwahlen für den zurückgetretenen Christian Levrat (SP), holte die Mitte-Partei ihren verlorenen Sitz zurück. Ihre Kandidatin Isabelle Chassot setzte sich mit einem Vorsprung von über 22 000 Stimmen deutlich gegen den SP-Kandidaten Carl-Alex Ridoré durch. Jetzt versuchen Alizée Rey (SP) und Gerhard Andrey (Grüne) den Ständeratssitz für die Linken zurückzugewinnen. Beide kandidieren sowohl für den National- wie für den Ständerat. Dabei hat der gebürtige Sensler Gerhard Andrey wohl die besseren Chancen, die bürgerliche Frauenphalanx im Ständerat aufzubrechen. Andrey setzt bewusst auch auf die Sprachenkarte, sass doch von 1979 bis 2019 stets mindestens ein Deutschfreiburger im Stöckli. Wie schon vor vier Jahren kandidiert auch Pierre-André Page (SVP) sowohl für den National- wie für den Ständerat. Der amtierende SVP-Nationalrat dürfte es aber schwer haben, die beiden bürgerlichen Ständerätinnen ernstlich zu gefährden.

Mit deutlich unter 50 Prozent war die Wahlbeteiligung bei den letzten National- und Ständeratswahlen auch im Kanton Freiburg tief. Wie wichtig aber jede einzelne Stimme sein kann, hat gerade der zweite Durchgang bei den Ständeratswahlen bewiesen. Am Ende trennten nur 138 Stimmen die siegreiche Gapany vom unterlegenen Vonlanthen.